

Arbeiterkämpfe

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungskunden und in allen Buchläden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftsberater

Bezugspreis: bei Kauf monatlich 2,20 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2, Geschäftsstelle: Oberschloßstraße 2 / Herausgeber: 17259 / Polizeihofamt: Dresden Nr. 1869/0. Öffentliche Versammlungen: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen. Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde. Ungelegenheitspreis: die neuromanige Monatszeitschrift oder deren Raum 0,35 RM. für Sammlerangebote 0,20 RM. für die Reklamezeile unabhängig an den beobachtenden Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Ungelegene Annahme wochentlich bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-2, Oberschloßstraße 2. Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Im Süden hält sie kein Unterricht auf Zeitung oder auf Zeitungslauf des Bezugsbereiches.

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 25. Juli 1929

Nummer 171

Ein Geheimerlaß Grzesinski

Grzesinski, Gevering und Grefemann geben Waffenbeschaffung nach China frei

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung)

Wir haben in der Lage, folgenden Geheimerlaß Grzesinski wiederzugeben, der eine beweisbare Unterstützung der chinesischen Regierung durch die deutschen Behörden dokumentarisch beweist:

Geheimerlaß des preußischen Ministeriums des Innern II 1906

Berlin, 17. Juli 1929

Nachdem das Gesetz über den Waffenhandel nach China vom 31. 3. 1928 (Reichsgesetzblatt I Seite 189) am 1. Mai abgelaufen ist, habe ich den Runderlaß vom 25. Oktober 1927 auf, wonach alle Transitztransporte von Waffen und Munition dem Auswärtigen Amt mitzuteilen sind.

Um die ganze Tragweite dieser Verfügung zu erkennen, sei kurz daran erinnert, daß seit dem Herbst 1927 die kommunistische Presse ununterbrochen berichtete, daß deutsche Transportdampfer von Hamburg und anderen deutschen Häfen aus nach China gelangen und ausschließlich Waffen und Munition für die Röntgen Chinas beförderten. Das rief einen solchen Sturm in der Deutschen Reichsleitung hervor, daß sogar die Bürgerlich-Sozialregierung gewünscht war, ein Gesetz über den Waffenhandel nach China Ende März 1928 im Reichstag annehmen zu lassen, deren erster Paragraph lautet:

„Die Lieferung, Beförderung und Versicherung von Kriegswaffen, Kriegsmunition oder wesentlichen Bestandteilen von Kriegswaffen oder Kriegsmunition, die zur Verwendung in China bestimmt sind, sowie Handlungen, welche der Lieferung, Beförderung und Versicherung Vorschub leisten, werden verboten.“

Dieser Erlass war natürlich nur eine Halbheit, da es den Waffenliebhabern alle Möglichkeiten offen ließ, die Bestimmungen zu umgehen. Jetzt hat die Koalitionsregierung Müller-Scheidt das Gesetz nicht verlängert, obwohl sie die Möglichkeit dazu hatte, und sie streift damit der Rüstungskontrolle die letzten, wenn auch loseren, Fesseln ab.

Pudendorff hat keine Offiziere zu Tschangtaishan geschickt. Die SPD schüttet Waffen.

Die Rückverlängerung des Gesetzes über den Waffenhandel nach China durch die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung zeigt sich wieder als eine Maßnahme der offenen Unterstützung der imperialistischen Interventionspläne gegen Spanienland durch die Sozialfaschisten. Bei den kommenden Reparationsverhandlungen wollen die sozialdemokratischen Minister den Vertretern des Weltimperialismus zeigen, daß sie sich zur Durchführung jedes Befehls bereiterklären, wenn er sich gegen die Sowjetunion richtet. Die deutsche Rüstungsindustrie kann nun mit Hochdruck an die Erzeugung von Kriegsmaterial gehen und den Röntgen Chinas mit Waffen und Munition versorgen. Ohne und versteckt werden Waffen und Munition zu Schiff und durch die Bahn an die östlich-russische Grenze befördert werden, wenn die Arbeiterschaft nicht selbst zur normandigen Selbsthilfe gezwungen wird. Die Arbeiter der deutschen Rüstungsindustrie und insbesondere der chemischen Industrie werden durch die roten Betriebsräte und revolutionären Betriebsräte, die jetzt die zur Herstellung gelangenden Produkte bedienen müssen und überall dort, wo Waffen und Munition erzeugt werden, wird es ihre Aufgabe sein, revolutionäre, soziale Solidarität mit den Arbeitern, Soldaten und Bauern der Sowjetunion zu bewahren. Am 1. August, dem internationalen roten Tag, dem Tag, wo das Weltproletariat aufmarschiert wird zur Verteidigung der Sowjetunion, müssen auch die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, die noch etwas ehrliches Klassenempfinden in sich haben, sich einreihen in die rote Kampffront.

Sie müssen heraus aus jener Partei des permanenten Arbeiters, aus jener Partei der Panzerkreuzerbesitzer und Arbeiterschläger, aus jener Partei, die an der Spitze der imperialistischen Kriegsheere marschiert. Ihr Platz ist in den Reihen des revolutionären Proletariats, in den Reihen der kommunistischen Partei!

Neue Ausschüsse im Dresdner DmD

Am 22. Juli 1929 tagte die Obmannversammlung des DmD Dresden. Handel sprach lange Zeit über die Rostwendezeit zum republikanischen Vogelwiederkommel am 11. August mobil zu sein, um dann zur Kernfrage des Abends, zur Frage der Bildung eines revolutionären Betriebsausschusses und des dazu von den Genossen Kreislich und Wendt mitunterzeichneten Aufrufs überzugehen. Er rückte an die genannten Genossen Wendt, wie sie zu diesem Aufruf stehen.

Genosse Wendt gab die Antwort für die Opposition und erklärte, daß es den Gewerkschaftsjüheren, die die ehemaligen Klassenkampforganisationen des Proletariats zu geben Verbünden heruntergewirtschaftet haben, wenig anständig, die Maßnahmen der revolutionären Gewerkschaftsopposition als spätere Tendenzen zu bezeichnen.

Der SPD-Vorstandsgesetzte Emil Ebert ging ja wohl zu beantragen, den Genossen Wendt aus der Obmannversammlung auszuschließen. Handel ließ über den Antrag noch nicht abstimmen. Auf eine Wortmeldung hin zu einer persönlichen Bemerkung erhielt Kreislich nicht das Wort, so daß er ohne Darlegung seiner Meinung verhindert wurde. Mit diesen Methoden zeigen auch die Dresdner Reformisten, daß sie radikal nur im Kampf gegen die Gewerkschaftsopposition sind. Die Arbeiter in den Betrieben werden ihnen die Antwort nicht selbig bleiben.

Ergebnisse des Etti-Plenums

Leitartikel der „Prawda“ vom 21. Juli 1929

Das jetzt beendete Plenum des Etti nahm verschiedene, für die internationale kommunistische Bewegung anfänglich wichtige Beschlüsse an. Das Plenum analysierte die wirtschaftliche und politische Lage nach dem 6. Kongress. Dieser Analyse bestätigte in vollem Umfang die Linie des 6. Kongresses. Gleichzeitig berücksichtigte das Plenum alle Veränderungen in der Wirtschaft und Politik der kapitalistischen Länder sowie in ihren Beziehungen zur Sowjetunion nach dem 6. Kongress.

Worin äußerten sich die Veränderungen? Keineswegs darin, daß die Stabilisierung des Kapitalismus wieder verstärkt worden ist, daß es dem Kapitalismus gelungen ist, wenn auch nur im Rahmen der einzelnen Länder, die Widersprüche durch Organisation und Staatskapitalistische Methoden zu überwinden, doch sich die Lage der Arbeiterklasse (wenn auch nur vorübergehend) verschärft hat, daß die revolutionäre Welle fällt, die Kriegsgefahr abnimmt usw. — wie die Rechten, die Verhöhner und überhaupt alle diejenigen glauben, die unter ihrem Einfluß geraten. Ganz im Gegenteil!

Das Plenum konstatierte eine weitere Zerrüttung der kapitalistischen Stabilisierung, eine weitere Verschärfung ihrer Widersprüche (trotz der Pariser Konferenz und der MacDonald-Regierung), eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, auf die die Lasten der kapitalistischen Nationalisierung immer mehr abgewälzt werden, es konstatierte eine weitere Zunahme der Kriegsgefahr und vor allem eines militärischen Überfalls auf die Sowjetunion (trotz des Kellogg-Pattes, trotz der dauernden Währungskonferenzen und trotz der feierlichen Versprechungen MacDonalds, die Sowjetregierung anzuerkennen).

An allen Knotenpunkten der Weltwirtschaft und Politik verläuft die Entwicklung in der vom 6. Kongress vorausgesetzten Richtung. Es machen sich aber nach dem 6. Kongress schon einige Veränderungen bemerkbar. Der 6. Kongress hellte die Linksentwicklung der Arbeitermassen in den kapitalistischen Ländern auf. Der Umfang, den die Linksentwicklung inzwischen gewonnen hat, berechtigt uns bereits hinsichtlich jüngerer Länder wie Deutschland, Frankreich und Polen, von einem anwachsenden revolutionären Aufstieg zu sprechen.

Die Streiks im Ruhrgebiet, in Lodz und Nordfrankreich, die Massenaktionen der Berliner Arbeiter am 1. Mai, die Mai-Feiern in Deutschland, Polen und in anderen Ländern, die glänzenden Erfolge der deutschen Partei während der Betriebsratswahlen, die Landarbeiterstreiks in Polen sind Tatsachen, die von einer wachsenden revolutionären Gärung in den kapitalistischen Großstädten, von einer Gärung zeugen, der die Sozialdemokratie, die Hauptstube des Kapitalismus, in der Arbeiterklasse weder mit den sozialfascistischen Methoden trotzgebels noch mit der verlogenen, auf Zeitung ausgehenden „revolutionären“

„Praeologie des gesamten „Linden“ Flügels“ gehabt gebieten kann.

Die Hauptgefahr besteht für unsere kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen darin, daß sie (oder einige von ihnen) hinter dem sich entfaltenden revolutionären Aufstieg herhinken müssen (wie z. B. die KPD 1923 unter der Leitung von Brandler und Thälmann). Dieser ist heute, wo man bereits nicht nur von einer Linksverschiebung der Wahlen, sondern von einem tatsächlichen revolutionären Aufstieg sprechen kann, die Aufgabe einer Überwindung der rechten Abneigungen und des Betriebsherrschafts, die vom 6. Weltkongress in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der kommunistischen Parteien gerückt wurde, noch aktueller und dringlicher. Es handelt sich gegenwärtig um die Säuberung der kommunistischen Parteien von den Schleppausträfern, den opportunistischen, halbsozialdemokratischen Elementen, die den herantretenden revolutionären Aufstieg nicht stehen wollen (aber nicht dazu fähig sind), die die Arbeiterklasse in den kommenden revolutionären Kämpfen nicht führen können, die vor dem Kapitalismus und der Sozialdemokratie die Waffen tragen, die in unseren Parteien die Rolle einer inneren Agentur der feindlichen Kräfte zu spielen beginnen.

Wohl kaum eine andere Periode im inneren Leben der Kommunistischen Internationale war so ereignisreich wie die nach dem 6. Weltkongress. Sie wird gekennzeichnet einerseits durch die Stärkung und innere Konolidierung der kommunistischen Parteien sowie ihre gleichzeitige Säuberung von den opportunistischen Elementen, anderseits durch die Konolidierung der Parteiführung auf der sozialdemokratischen Linie des 6. Kongresses. Die kommunistischen Parteien Deutschlands, der Tschechoslowakei, Amerikas, Frankreichs und Polens sind durch diesen Prozeß am stärksten und tiefsten erfaßt worden. Es gibt aber noch eine ganze Reihe unserer Parteien, in denen er erst beginnt oder sogar noch nicht begonnen hat. Dies unterschied das Plenum mit aller Klarheit. Das Plenum betonte die Notwendigkeit eines weiteren einschlägigen Kampfes gegen die rechten und verhälterischen Elemente in allen Sektionen der Komintern.

Das Plenum des Etti stellte die politische und organisatorische Bilanz für die ganze Periode nach dem 6. Kongress auf. An Hand der reichen Erfahrungen dieser Periode läßt das Plenum ein lückenloses Urteil über die rechten Elemente, die sich teils außerhalb der Kommunistischen Internationale befinden, teils auf dem Wege dahin sind. Die Position dieser Elemente ist schon nicht mehr über hört auf, eine totale Abweichung zu sein. Wie schon seinerzeit mit dem Trotzkismus, werden die faktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Rechten und der Kommunistischen Internationale zu programmatischen. Die Linie der Rechten wird in zahlreichen Parteien

Macht die Betriebe zu Burgen der Revolution!

Macht die Belegschaften sofort auf den Ernst der Lage außerstande, rüttelt den letzten Arbeiter, die letzte Arbeiterin auf, laßt

Delegierte zum 28. Juli

zum Kampfkongress der österrätschen Antikriegskomitees wählen. Nehmt Stellung zum internationalen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg, zur früheren

Arbeitsruhe am 1. August!

Wählt noch heute die Delegierten. Reicht euch ein in die Klassenfront zur

Verteidigung der Sowjetunion!

Kein Betrieb, keine Arbeiterorganisation darf ohne Delegierte sein. Daraum beteiligt euch an der

ostsrätsche Antikriegskonferenz

am Sonntag, dem 28. Juli, in Dresden, vor mittags 9 Uhr, im Bürgercasino (Große Brüdergasse)

Schützt den Hort der Weltrevolution!

